Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Gewerbe und Verkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.24. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 p. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hauptstr. 6, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine und Andere 20 Pfg. Unter Strich (eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme.

Für Rückgabe unverlangter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König-Johannstr. 15.
Schutz-Marke Fabrik von Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Salomonis-Essig-Fabrik H. Roesner
(gegründet 1825 von Dr. Struve), empfiehlt
Salomonis-Essig
(früher genannt Struve-Essig)
anerkannt feinster Tafel- und Einlege-Essig (prämiirt Görlitz 1885, goldene Medaille Leipzig 1887). Zu haben in der Salomonis-Apotheke und den meisten Geschäften.
Dresden, Rosenstrasse 36. Telephon 222.

Lacke u. Farben
für Fussböden, Möbel, Thüren u. Fenster
zu Fabrikpreisen bei
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10 und Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Einzelverkauf zu billigen, festen Preisen. Deutsche und englische Cheviots, Kammgarnstoffe u. weiche Strichwaare zu Anzügen, Jackets, Beinkleidern und Sommerüberziehern.
J. Unbescheid & Söhne
21 Schreibergasse 21.
Practische, feste Stoffe zu Knaben-Anzügen, Turntuche, Loden- und Joppentuche, Jacket- und Regenmäntelstoffe. Tuchhandlung.

Nr. 172. Spiegel: Der Bochumer Prozeß. Reichsrathsverhandlungen in Oesterreich. Fernsprechberichte. Hofnachrichten. Evangelische Landessynode. Sommerrennen des Dresdner Reitervereins. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Lorle".

Sonntag, 21. Juni.

Politisches.

Der erste Akt im Bochumer Prozesse ist beendet. Der Urheber desselben, Redakteur Fusangel, und sein Strohmann, der Redakteur Lunemann, sind zu fünf und zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden, da das Gericht die Anschauung gewonnen hat, daß sie in 31 Fällen sich der Beleidigung schuldig gemacht haben. Die Fälle, um welche es sich bisher handelte, bewegten sich in doppelter Richtung. Einerseits war der Steuereinschätzungs-Kommission von Bochum der Vorwurf gemacht worden, daß sie bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt und bewußt zahlreiche Steuerpflichtige zu niedrig eingeschätzt habe, andererseits wurde speziell gegen den Bochumer Verein, einen der größten industriellen Arbeitgeber Deutschlands, die Anklage pflichtwidriger Unterschätzung erhoben. Die Begründung, welche das gerichtliche Urtheil erhielt, hat nach beiden Richtungen die Unhaltbarkeit der Angriffe nachgewiesen; das Gericht hat zugegeben, daß wohl in mehrfachen Fällen eine unrichtige Einschätzung stattfand, daß jedoch die Schwierigkeiten bei der in Preußen bisher üblichen Ermittelung der Einkommen so groß seien, daß solche Mängel nie und nirgends zu vermeiden gewesen seien. Trotz des Schutzes, welcher sich für die Angeklagten aus der Thatsache ergiebt, daß sie ein öffentliches Interesse wahrzunehmen gedachten, wurde das Strafausmaß ziemlich hoch bemessen, weil namentlich bei Fusangel eine Summe von 22 Vorstrafen schwer in's Gewicht fiel. Die Urtheilsbegründung betont noch, daß dieser Mann mit der Ehre Anderer leichtfertig umgehe und zu Ehrenkränkungen geneigt sei.

Gerade in diesem letztangeführten Satze liegt ein Hauptgesichtspunkt, welcher den kühlen Beobachter der Bochumer Vorgänge in der Beurtheilung derselben leiten muß. Fusangel ist eine Persönlichkeit, die mitten in den, im rheinisch-westfälischen Industriebezirke so leidenschaftlich wie nirgend sonst geführten Parteikämpfen steht. Dort tobt seit Jahrzehnten ein Kampf um die Macht, der zwischen Nationalliberalen und Ultramontanen geführt wird und bald einen Sieg der einen Partei, bald einen solchen der anderen herbeiführt. Die politische Kampfesweise wird hierbei immer wieder in das persönliche Gebiet übertragen und führte in dem jetzt spielenden Vorgange nicht zum ersten Male zu überaus gehässigen Konflikten. Soweit dieselben rein lokaler Natur waren und sich um die Mandate zur Stadtverordnetenversammlung oder zur Bürgermeisterei drehten, berühren sie nicht das Interesse weiterer Kreise; indem aber mit einem schweren, gegen die Häupter der Gegenpartei geführten Hiebe diese Partei selbst, ja die ganze politische Richtung, welche sich einst im Kartell verkörperte, getroffen werden sollte, treten sie aus dem engen Rahmen hinaus in den Gesichtskreis der großen Politik. Dieser weitere Gesichtskreis wird vor Allem eröffnet in dem Prozeß, welcher noch bevorsteht. Bekanntlich wurden die Injurien, welche gegen den Großindustriellen Baare ausgesprochen worden sind, aus der Verhandlung ausgeschieden, seitdem der Angeklagte Fusangel die vielberufene Anschuldigung erhob, daß auf den Bochumer Eisenwerken die gewerbsmäßige Fälschung von Stempeln der gelieferten Schienen betrieben worden sei. Diese Anklage war so schwerwiegend, daß von ihrer größeren oder geringeren Stichhaltigkeit auch die Beurtheilung anderweitiger, gegen Baare erhobener Anschuldigungen abhängen mußte; zugleich mußte aber auch in diesem Falle der Staatsanwalt einschreiten und in eine Untersuchung des von Fusangel etwa vorzubringenden Materials eintreten. Dieser zweite Akt erheischte demnach eine vollständige Loslösung von dem ersten; wie im Theater, so wird auch voraussichtlich der jetzt eintretende Zwischenakt mit dem Concert der Antikartellblätter ausgefüllt werden, in welchem die Berliner Fortschrittspresse die Melodie pfeift, während der klerikale Brummbaß die Begleitung fiedelt. Daß dieses Concert vor Allem wohlgefällig in die Ohren der Sozialdemokratie tönt, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Bei der Häßlichkeit der hier zum Vorschein kommenden Kampfesweise wird es Niemanden Wunder nehmen dürfen, wenn die Erklärung des Staatsanwaltes, daß sich in Sachen der Stempelfälschung gegen Baare nichts Belastendes ergeben und die Untersuchung daher eingestellt sei, ignorirt oder verdreht wird. Es ist ja so wohlig für ein Fortschrittsherz, auf einem Andersgesinnten herumzutreten; ob dabei die Interessen der Gesammtheit, des Reiches leiden, das hat einen wahrhaften Freisinnigen Richter'scher Observanz noch niemals gerührt. Darum wurde in der Presse der Antikartellparteien längst, ehe eine Entscheidung gefällt war, das Urtheil gesprochen; die Persönlichkeiten, welche dem Lager der Gegner angehören, wurden in unverantwortlichster Weise in ihrer geschäftlichen Thätigkeit diskreditirt und sogar der Obhut des Zuchthauses empfohlen und im Auslande die Meinung verbreitet, als sei die deutsche Industrie nur durch Gaunerkniffe dazu gelangt, die englische Konkurrenz, dies Schooßkind unseres Freisinns, zu schlagen und sich eine geachtete Stellung auf dem Weltmarkte zu erringen. Selbst der patriotischen Erwägung verschließt man sich, daß bei diesem frivolen Spiel unsere gesammte Industrie und vor Allem die Arbeiter die Folgen zu tragen haben werden, welche bei dem etwa noch verminderten Absatz dem Elend der Arbeitslosigkeit verfallen. Es ist dieses unpatriotische Verfahren eben nicht nur aus dem Parteifanatismus, sondern vor Allem aus dem Bestreben zu erklären, die Aufmerksamkeit von dem Balken im eigenen Auge auf den Splitter im Auge des Gegners zu lenken. Der bisherige Verlauf des Bochumer Prozesses hat noch nicht einmal die Existenz dieses Splitters erwiesen.

Während das parlamentarische Leben in Deutschland seinen zeitweiligen Abschluß findet und selbst die eifrigsten preußischen Landboten nach den Stürmen der Kornzolldebatten dem heimischen Dache zustreben, steht der österreichische Reichsrath in üppiger Vegetation. Es liegt demselben noch ein so massenhaftes Arbeitsmaterial vor, daß wohl die Gattin manches Abgeordneten in diesem Sommer einsam in die Sommerfrischen des Pusterthales ziehen, sich in die Herrlichkeiten von Ischl und Aussee vertiefen wird. Eine hochbedeutsame Vorlage, welche die Kehrseite des bisher giltigen, nunmehr aufgehobenen Sozialistengesetzes bildet und eine staatliche Organisation der Arbeiter, eine sachgemäße Regelung ihres Verhältnisses zu den Arbeitgebern anstrebt, steht unter den zu erledigenden Aufgaben obenan. Die österreichische Regierung kommt hiermit denjenigen Verpflichtungen nach, die sie in der Berliner Arbeiterschutzkonferenz auf sich genommen hat. Die Aussichten für das Zustandekommen dieses ungemein wichtigen Entwurfs sind zu berechnen nach der Stellung, welche die Regierung des Grafen Taaffe gegenüber den Parteien einzunehmen gedenkt. Und gerade in dieser Richtung haben die letzten Tage Aufklärungen gebracht, welche für die innere Entwickelung unseres Nachbarstaates ungemein bedeutsam sind. Schon als die deutschliberale Partei geschlossen den Dispositionsfonds bewilligte, ließ sich voraussehen, daß eine Art Aussöhnung zwischen Regierung und Liberalismus angestrebt werde. Bei der gegenwärtig noch in üppigstem Flor stehenden Budgetdebatte ist als Resultat des beiderseitigen versteckten Liebeswerbens bereits die Verlobungsanzeige des Grafen Taaffe mit der deutschen Linken erfolgt. Da in Oesterreich, wie in Italien und Preußen der Finanzminister maßgebendsten Einfluß im Kabinet besitzt, so dürfte man nicht fehlgehen, wenn man die Finanzmächte als die eigentlich treibenden Veranstalter des etwas unnatürlichen Bundes ansehen wollte. Dieser Bund wäre aber bei den Zahlenverhältnissen des Reichsrathes dem Schicksal dauernder Unfruchtbarkeit verfallen, da die Deutschliberalen von dem Besitz einer kompakten Majorität weit entfernt sind. Sie sind in erster Linie auf den Beistand der Polen angewiesen, der ihnen denn auch bereits in einer Rede ihres Führers Jaworski offiziell angekündigt wurde, obwohl die einander widersprechenden Nachrichten über die inneren Vorgänge in dem Polenklub noch nicht die Gewißheit bieten, daß diese Taktik von sämmtlichen Mitgliedern gebilligt wird. Es ist nun natürlich, daß die Parteien, welche bisher die Pfeiler der Taaffe'schen Politik bildeten, zum großen Theil ihre Schiffe aus dem veränderten Fahrwasser herauszogen. Slovenen, Jungczechen, Klerikale und Feudale ließen in ihren Antworten keine Zweifel darüber aufkommen, daß sie nicht gewillt seien, mit den Deutschliberalen Schulter an Schulter zu kämpfen. Die hiermit kurz skizzirte Veränderung der Situation hat ganz entschieden einen bedeutungsvollen Hintergrund. Wir Reichsdeutschen können zunächst darin, daß die Vertreter unserer Stammesgenossen wieder in den Vordergrund gelangen, eine erfreuliche Erscheinung begrüßen; wir haben aber vor Allem an dieselben die Mahnung zu richten, daß sie in Zukunft nicht wie bisher die manchesterlich-liberale Seite ihres Programms als die Hauptsache betrachten, sondern die nationale Seite. Wenn sie wiederum in die alten Fehler aus der Zeit der Herbst und Chlumecky verfallen, dann dürfte die neue Herrlichkeit ein jähes Ende finden und die Möglichkeit einer Rehabilitation dauernd ausgeschlossen bleiben. „Von der Mäßigung, Klugheit und politischen Einsicht der in Frage kommenden Partei hängt die weitere Entwickelung ab" — in diesen Worten liegt die richtige Direktive, der die Deutschliberalen zu folgen haben. Sie werden, falls sie dieser Mahnung nachkommen wollen, sehr, sehr viele Ecken abzuschleifen haben und sie werden namentlich sich der sozialen Aufgaben gegenüber der Arbeiterschaft, vor Allem aber auch der Pflichten, welche sie dem Mittelstande, den Handwerkern, Gewerbetreibenden und Bauern gegenüber schmählich vernachlässigten, bewußt werden müssen. Hierin sollten ihnen die Ereignisse bei den letzten Wahlen in Wien eine dringende Lehre dafür sein, daß die oberflächlich witzelnde Manier, den Niedergang des Mittelstandes zu behandeln, den gerade die Crême der Deutschliberalen verschuldete, vom Uebel sei. Die laxe Manier, mit welcher die Deutschliberalen die Zersplitterung des österreichischen Volkes in Großkapitalisten mosaischen Glaubens und Bettler christlichen Bekenntnisses auffassen, muß mit Stumpf und Stil ausgerottet werden und die Devise „Freies Spiel der wirthschaftlichen Kräfte muß" verschwinden in dem Bismarck'schen Leitwort: „Schutz den Enterbten." Man muß dies hoffen, da die Botschaft ertönt: allein es fehlt der Glaube!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20 Juni.

Berlin. Die gegenwärtige Session des preußischen Landtages ist heute vom Kaiser mit folgender Thronrede geschlossen worden: „Am Schlusse einer außergewöhnlich langen und arbeitsreichen Sitzungsperiode des Landtages meiner Monarchie ist es mir Bedürfniß, Ihnen meinen königlichen Dank und meine hohe Befriedigung über die gewonnenen Ergebnisse unmittelbar auszusprechen. Nicht vergebens habe ich beim Beginn Ihrer Berathungen der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es Ihnen gelingen werde, im vertrauensvollen Zusammenwirken mit meiner Regierung, die hochwichtigen Arbeiten, zu welchen ich Sie berufen habe, zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen. Wenn auch das Ziel, an welchem ich festhalte, nicht im vollen Umfange erreicht werden konnte, so darf es doch mich und mein Volk mit gerechter Genugthuung erfüllen, daß neben einer großen Zahl für die fortschreitende Entwickelung des Staatswesens wichtiger Vorlagen, insbesondere für die Verbesserung unseres Steuersystems nothwendige und werthvolle Grundlagen vereinbart und die Vorbedingungen für die Hebung des kommunalen Lebens in den landlosen Gemeinden der östlichen Provinzen gesetzlich festgestellt worden sind. Die rückhaltlose Zustimmung, welche die von mir gebilligten Pläne meiner Regierung für die Herbeiführung einer gerechten, der Leistungsfähigkeit entsprechenden Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Ihnen, geehrte Herren, gefunden haben, bestärkt mich in dem festen Vertrauen, daß auch der noch rückständige Theil der auf diesem Gebiete zu lösenden Aufgaben einer gleichbefriedigenden Erledigung zugeführt werden wird. Damit wird ein wesentlicher Schritt zur Befestigung der Finanzverwaltung des Staates und der Gemeindeverbände, sowie zur Förderung der Befriedigung meines Volkes gethan sein. Die Durchführung der mit Ihnen vereinbarten Landgemeindeordnung wird, so hoffe ich, unter Schonung der bewährten und den Bewohnern des platten Landes liebgewordenen Einrichtungen eine lebendige Entwickelung des kommunalen Lebens sichern und das Band, welches mein Volk mit meinem Hause und mit meiner Monarchie verbindet, noch fester knüpfen. Mit Freude begrüße ich, daß durch die Ueberweisung der eingehaltenen Leistungen an die katholische Kirche die Ausgleichung der Gegensätze auf kirchenpolitischem Gebiete wesentlich gefördert worden ist. Der für das Wohl meines Volkes unerläßliche Frieden unter den Konfessionen wird umso sicherer erhalten bleiben, je mehr die Ueberzeugung durchdringt, daß die zu Gunsten der Kirchen erhobenen Ansprüche auf ein mit der Stellung und den Aufgaben des Staates erträgliches Maß beschränkt bleiben müssen. Hat demnach, wie ich dankbar anerkenne, die beendete Sitzungsperiode reiche Früchte gezeitigt, so darf ich und mit mir mein Volk vertrauen, daß die Früchte nutzbar werden unter den Segnungen des Friedens, dessen Gefährdung zu befürchten ich keinen Anlaß habe und den zu erhalten mein unablässiges Bemühen ist. Es wird mich mit Genugthuung erfüllen, wenn die Erkenntniß des Werthes Ihrer im Verein mit meiner Regierung geleisteten treuen Arbeit immer weitere Kreise durchdringt und damit das Vertrauen zu meinen landesväterlichen Absichten und zu der sorgsamen Wahrnehmung der Interessen des Volkes durch seine Vertreter unvermindert erhalten bleibt. Indem ich Sie, geehrte Herren, entlasse, bitte ich Gott, daß er auch ferner meiner und Ihrer Arbeit zum Wohl des Vaterlandes reichen Erfolg sichern wolle." — Der Schluß vollzog sich in der üblichen feierlichen Form. Begeisterte Hochrufe leiteten denselben ein und schlossen ihn. Es waren ungefähr 200 Mitglieder des Landtages anwesend. Der Kaiser trug die Uniform der Garde du Corps. Die Stellen der Thronrede, welche von dem konfessionellen Frieden, sowie von der Erhaltung des Friedens überhaupt handelten, wurden mit lautem Beifall aufgenommen.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt die Behauptung als durchaus unbegründet, daß der preußischen Staatsbahnverwaltung die Thatsache der Anwendung von Stempeln, welche in den Werken selbst gefertigt werden, zum Zwecke der Materialabnahme bekannt gewesen sei. Die preußische Staatsbahnverwaltung läßt die zu Abnahmezwecken erforderlichen Stempel allgemein in ihren Werkstätten oder durch vertrauenswürdige Graveure anfertigen. — Die „Nordd. Allg. Ztg." theilt dann einen vor 4 Jahren auf einem Werke des Westens vorgekommenen Fall, die Anwendung nachgemachter Stempel mit. Die preußische Staatseisenbahnverwaltung übergab damals den Fall der Staatsanwaltschaft, worauf die betheiligten Ingenieure und anderen Angestellten des Werkes zu mehrmonatlichen Gefängnißstrafen verurtheilt wurden. Das Werk ward damals von den Lieferungen für die Staatsbahnverwaltungen gänzlich ausgeschlossen und erst später bedingungsweise wieder zugelassen, nachdem ausreichende Cautelen gegen die Wiederholung solcher Manipulationen getroffen waren. Uebrigens werden die Schienen vor der Abnahme durch Schlag- und Zerreißproben einer genauen technischen Untersuchung unterworfen. — Der Kommissar für die Ausstellung von Chicago wird sich Anfangs Herbst mit den namhaftesten Vertretern der deutschen Industrie behufs Bildung von Komitees in persönliches Vernehmen setzen. Ende des Jahres begiebt er sich auf einige Wochen nach Chicago, um Vorbereitungen für die Gestaltung der deutschen Abtheilung zu treffen. — In den Monaten April und Mai d. J. gelangten an Zöllen und Verbrauchssteuern im Reiche 79,8 Millionen zur Anschreibung, 3,9 Millionen weniger als im gleichen Zeitraume des Vorjahres.

Berlin. Das Herrenhaus nahm heute das Wildschadengesetz unverändert in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung an. Eine Anzahl in der Kommission vorgeschlagener Amendements wurde mit 65 gegen 53 Stimmen abgelehnt, nachdem Ministerpräsident v. Caprivi die Annahme der Abgeordnetenhausfassung dringend befürwortet und ausgeführt hatte, daß die Regierung gegenüber den Umsturzbestrebungen der Gegenwart bemüht sein müsse, alle die Punkte zu beseitigen, welche angreifbar seien. Dazu gehöre die Wildschadenfrage. Nur so könne sie ihre Position derart befestigen, um übertriebene Forderungen entschieden zurückzuweisen. Von anderen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß es sich darum handle, das Einvernehmen des Klein- und Großgrundbesitzers aufrecht zu erhalten und das um eines so wichtigen Prinzipes wegen. Die Vertreter der Kommissionsbeschlüsse bez. die Gegner der Vorlage machten dagegen geltend, daß durch das Gesetz die Agitation nicht beseitigt, wohl aber Vexationen ins Land getragen würden.

Frankfurt a. M. Die vom Landeseisenbahnrath beschlossene Frachtermäßigung für Steinkohlen, sowie Brennmaterialien und Erze soll im Juli oder August eintreten, weil in dieser Periode starke Kohlentransporte, die infolge der herabgesetzten Frachten zu erwarten sind, ohne Verkehrsstörung bewältigt werden können, was im Herbst oder Winter nicht der Fall wäre.

Bochum. Der Staatsanwalt erklärte, die Meldung, daß das Verfahren gegen Kommerzienrath Baare und die Beamten des Bochumer Vereins eingestellt sei, für absolut unrichtig. Die Zeugenvernehmungen dauern dort.

Halle. Der „Saalezeitung" zufolge hätte der Reichskanzler im Gespräch mit freisinnigen Abgeordneten angedeutet, daß er der zweijährigen Dienstzeit heute nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe.

Paris. Außer politischen Anschuldigungen ist der am 8. d. M. verhaftete chinesische General der Unterschlagung von 100,000 Franken durch Mißbrauch der Unterschrift des Botschafters angeklagt. — In Tonkin stürmten die Piraten Zkepai, metzelten die Bevölkerung nieder und verwüsteten auf dem Rückwege die Dörfer. — Ribot fordert von der Regierung von Haiti Genugthuung wegen der Hinrichtung Rigaud's.

Basel. Zur Hebung der Leichen in der Birs sind nunmehr einige Taucher eingetroffen. Wahrscheinlich muß die Birs abgeleitet werden, um alle Leichen aufzufinden, die mehrere Meter tief im Sande vergraben sind. Der erste in die Tiefe gestaltete Personenwagen ist wahrscheinlich unter eine Lokomotive zu liegen gekommen und von derselben zerdrückt worden. Fachmänner stellten fest, daß an den Hauptträgern der Brücke verschiedene alte Brüche vorhanden waren. Die Jura-Simplon-Bahn wurde veranlaßt, sämmtliche Brücken ihres Netzes genau zu untersuchen. Ferner ward eine Prüfung aller Schweizer Eisenbahnbrücken angeordnet.

London. Salisbury wies den englischen Botschafter in Berlin an, die mittellosen Juden vor einer Auswanderung nach London zu warnen, da der dortige Arbeitsmarkt überfüllt sei.

Buenos-Ayres. Der Präsident hat eine Botschaft an das Parlament gerichtet, in der er ein Veto gegen das Gesetz, betr. die Revidirung des für in Gold oder Silber zahlbaren Effekten festgesetzten sechsmonatlichen Moratoriums auf ein dreimonatliches ankündigt. Die Kammer hielt nach sehr erregter Debatte das dreimonatliche Moratorium aufrecht.

Die **Berliner Börse** eröffnete schwach, später befestigte sich die Tendenz, von Kohlenaktien ausgehend. Das Geschäft blieb indessen ruhig. Banken, die Anfangs angeboten waren, stellten sich besser, um in der Nachbörse wieder zurückzugehen. Deutsche Bahnen waren wenig beachtet, von österreichischen besonders Tauer höher. Auch Franzosen zogen nach schwachem Beginn an. Bergwerke waren steigend, fremde Renten still. Im Kassaverkehre Banken, deutsche Bahnen, Industriepapiere und deutsche Fonds abgeschwächt. Oesterreichische Bahnen fest. Privatdiskont 3⅝ Proz. Nachbörse ruhig. — Wetter: Warm, vorwiegend bedeckt, Nachmittags etwas Regen, Nordwind.

„Hotel Fürst Bismarck",
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.